

FABIAN WAGNER & ALEXANDER WAGNER

DGB-Jugend Hessen-Thüringen



Bloße Parolen tun es nicht – Jugendverbände aktiv zu Europa

Für Bundeskanzlerin Angela Merkel ist die Jugendarbeitslosigkeit das „vielleicht drängendste europäische Problem“ (SZ vom 2. Juli 2013). Und in der Tat: Die Zahlen aus den südeuropäischen Ländern sind dramatisch. In Griechenland sind rund 59 Prozent der Unter-25-Jährigen ohne Arbeit, in Spanien sind es rund 56 Prozent und in Portugal rund 39 Prozent. Für viele junge Menschen bedeutet das Perspektivlosigkeit und Armut. Doch warum sollte das junge Menschen hier in Deutschland etwas angehen? Deutschland liegt mit einer Jugendarbeitslosigkeit von rund acht Prozent am unteren Ende der EU-Staaten. Doch einerseits darf das nicht darüber hinweg

täuschen, dass auch in Deutschland junge Leute häufig unter prekären Bedingungen leben und arbeiten. Und andererseits, gibt es gute Gründe, warum uns die Situation etwa in Griechenland oder in Spanien uns etwas angeht.

Zwei Gründe sind hier besonders wichtig. Zum einen haben die sozialen

Verwerfungen in Südeuropa vor allem europäische Ursachen und nicht nationalstaatliche – sie sind auch Ergebnis einer falschen Krisenpolitik, die Deutschland an vorderster Stelle mit vorangetrieben hat. Zum anderen breitet sich in Deutschland derzeit wieder ein rechter Populismus aus, der die Ursachen für die europäische Krise einseitig in den ärmeren Staaten verortet. Die Stammtischparolen, die in diesem Zusammenhang durch Medien und Politik breitgetreten werden, münden nicht selten in einem dumpfen Nationalismus und Rassismus – genauso einfache wie falsche Erklärungen, mit denen junge Menschen hier tagtäglich konfrontiert werden.

Es ist vor allem die von der deutschen Bundesregierung mitverantwortete und aufgezwungene Sparpolitik, die die Sozial-, Gesundheits- und Bildungssysteme in denjenigen Ländern massiv beschädigt hat, die unter einen der Rettungsschirme wollten, um Staatsbankrotte zu verhindern.

„Spart eure soziale Infrastruktur kaputt und privatisiert öffentliches Eigentum, sonst gibt es keine Rettung!“ – so das Diktum der Troika aus Europäischer Zentralbank, Internationalem Währungsfond und Europäischer Kommission. Die Zeche bezahlen ärmere Menschen, abhängig Beschäftigte und insbesondere jobsuchende Jugendliche. Wir laufen somit Gefahr, dass eine ganze Generation in manchen europäischen Ländern vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen und ihrer Perspektiven beraubt wird. Unter anderem die Gewerkschaften haben eindringlich darauf verwiesen, dass es in Europa eine Krisenpolitik braucht, die die Menschen in den Mittelpunkt stellt – Investitionen in öffentliche Infrastruktur, in Bildung und Arbeit statt eine Sparpolitik, die niemandem hilft und sogar die Wirtschaftskrise in den betroffenen Ländern noch massiv verschärft.

Jetzt im Europawahlkampf wollen konservative bis hin zu offen rechtsradikalen Kräften aus dieser Krise Kapital schlagen. Es sind entweder die angeblichen „faulen Griechen, die unser Geld wollen“ oder es ist die frei erfundene „Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme“ aus Osteuropa, die angeblich bekämpft werden müssten. Die strategische Richtung ist klar: „Wir“ sind die Guten, „die anderen“ sind die, die das eigentliche Problem darstellen. Gegen solche Parolen ist vor allem eins notwendig: Den rechten Rattenfängern den Wind aus den Segeln nehmen – durch Aufklärung und Solidarität mit den Menschen, die unter der aktuellen Krisenpolitik leiden.

Hier kommt den Jugendverbänden eine zentrale Aufgabe zu. Überall dort, wo in den Vereinen und Verbänden Bildungsarbeit gemacht wird, gilt es gerade im Europawahlkampf – aber auch darüber hinaus – mit Kompetenz und Geduld über die Ursachen der europäischen Wirtschaftskrise aufzuklären. Es gilt, junge Menschen in die Lage zu versetzen „Nein!“ zu sagen, wenn sie in ihrem Alltag mit rassistischen und nationalistischen Parolen konfrontiert werden. Ebenso wichtig ist es aber, den jungen Menschen bewusst zu machen, dass über ihre Zukunft auch auf europäischer Ebene entschieden wird. **Somit muss die Devise sein: Wählen gehen am 22. Mai für ein solidarischeres Europa und gegen die Sparpolitik – aber keine Stimme für Parteien, die Ressentiments schüren.**

Es gilt, junge Menschen in die Lage zu versetzen „Nein!“ zu sagen, wenn sie in ihrem Alltag mit rassistischen und nationalistischen Parolen konfrontiert werden.